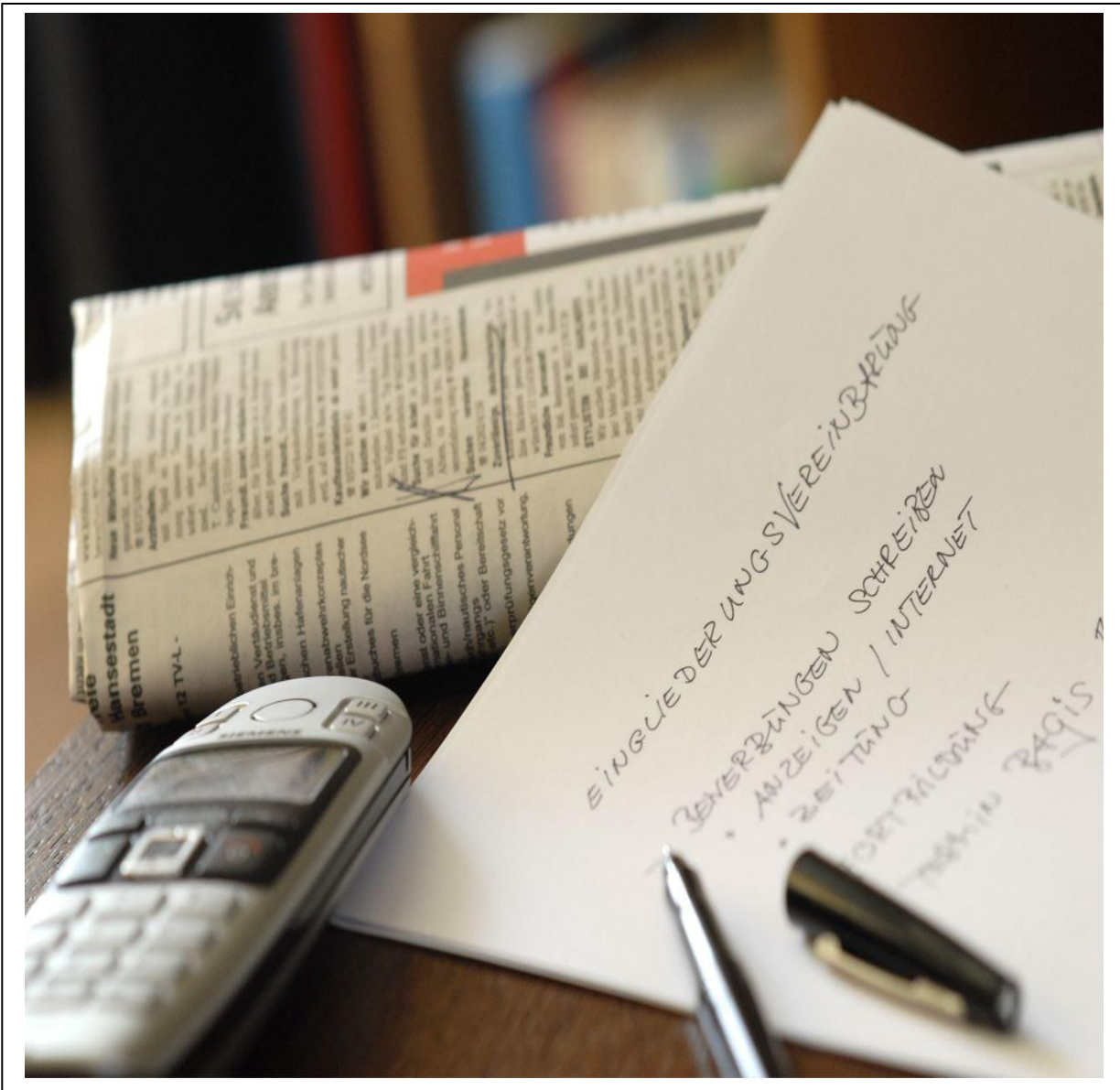


# Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2011 des Jobcenters Bremen

Stand: 10.03.11



## Inhaltsverzeichnis

- 1. Einleitung**
- 2. Strukturdaten**
  - 2.1 Wirtschaftsraum Bremen
  - 2.2 Darstellung des Arbeitsmarktes in Bremen
  - 2.3 Darstellung des Ausbildungsmarktes in Bremen
  - 2.4 Analyse des Bewerberpotentials (Kundenstruktur)
    - 2.4.1 Entwicklung der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Bedarfsgemeinschaften
- 3. Geschäftspolitische Ziele**
  - 3.1 Strategische Handlungsfelder/ Operative Umsetzung
  - 3.2 Förderpolitik bezogen auf besondere Personen- bzw. Zielgruppen
- 4. Ressourcen**
  - 4.1 Personal
  - 4.2 Finanzen
- 5. Kooperationen und regionale Beteiligungen**
  - 5.1 Verzahnung mit Programmen der Landesarbeitsförderung
- 6. Anlage 1 Gesamtplanung**

## 1. Einleitung

Mit dem Arbeitsmarktprogramm stellt das Jobcenter Bremen seine geschäftspolitischen Ziele und Schwerpunkte für das kommende Geschäftsjahr 2011 vor. In die Erarbeitung wurden alle relevanten Entscheidungsträger, Führungskräfte und Netzwerkpartner des Jobcenters mitwirkend einbezogen.

Wesentliche Einflussfaktoren sind die im laufenden Geschäftsjahr 2010 erzielten operativen Ergebnisse, die aktuelle Kundenstruktur im Jobcenter, die absehbare arbeitsmarktbezogene und demografische Entwicklung in der Region, die an das Jobcenter Bremen gestellten Zielerreichungserwartungen sowie die voraussichtliche Haushaltsmittelzuteilung für das Geschäftsjahr 2011. Hierbei wurden von der Bundesregierung gravierende Mittelkürzungen avisiert, die für Bremen derzeit mit etwa -25% veranschlagt werden. Die sich daraus ergebenden Steuerungserfordernisse bestimmen die Mittelaufteilung im Eingliederungstitel (Anlage 1). Das Arbeitsmarktprogramm soll den Trägern des Bremer Jobcenter als arbeitsmarktpolitische Entscheidungsgrundlage und zugleich der Geschäftsführung sowie den Fach- und Führungskräften des Jobcenters als geschäftspolitische Handlungsleitlinie dienen. Darüber hinaus kann es den Kooperationspartnern des Jobcenters Bremen und der interessierten Öffentlichkeit Transparenz über das geschäftspolitische Handeln im Geschäftsjahr 2011 vermitteln.

Trotz zu erwartender Veränderungen der Organisationsform der Grundsicherung SGB II und einer damit verbundenen Umstrukturierung im laufenden Geschäftsjahr 2011, wird die Geschäftsführung des Jobcenters die ihr übertragenen arbeitsmarktpolitischen Aufgaben nach dem SGB II durchgängig sicherstellen.

## 2. Strukturdaten



### 2.1 Wirtschaftsraum Bremen

Der Stadtstaat Bremen ist (inklusive Bremerhaven) das kleinste Bundesland in Deutschland. Die Stadt Bremen hat eine Fläche von 32.546 ha, liegt zu beiden Seiten der Weser und ist von niedersächsischem Staatsgebiet umschlossen. Die Stadt Bremen hat eine Bevölkerung von knapp 550.000 Personen. Insgesamt sind ca. 240.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Die gut ausgebaute Infrastruktur (A1, A27, A28), ermöglicht auch eine schnelle Erreichbarkeit größerer Städte, wie Hamburg und Hannover. Aus Bremens „Speckgürtel“ pendelt eine nicht unerhebliche Zahl von ca. 102.000<sup>1</sup> der Arbeitnehmer täglich ein, die Auspendlerzahl hingegen liegt bei knapp 33.000 Personen. Das Gros der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegt im Bereich des verarbeitenden Gewerbes (mit ca. 56.000 Personen), gefolgt vom Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (mit ca. 39.000 Personen).

<sup>1</sup> Statistik der BA, Stand: 30.06.09, Pendlerstatistik

Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt Bremen liegt bei ca. 30.000 Personen, das entspricht einer Quote von etwa 10 %. Darunter sind ca. 23.000 Arbeitslose aus dem Rechtskreis SGB II (Arbeitslosenquote 8,8 %), diesem stehen im Vergleich ca. 3.500 offene sozialversicherungspflichtige Stellen gegenüber<sup>2</sup>.

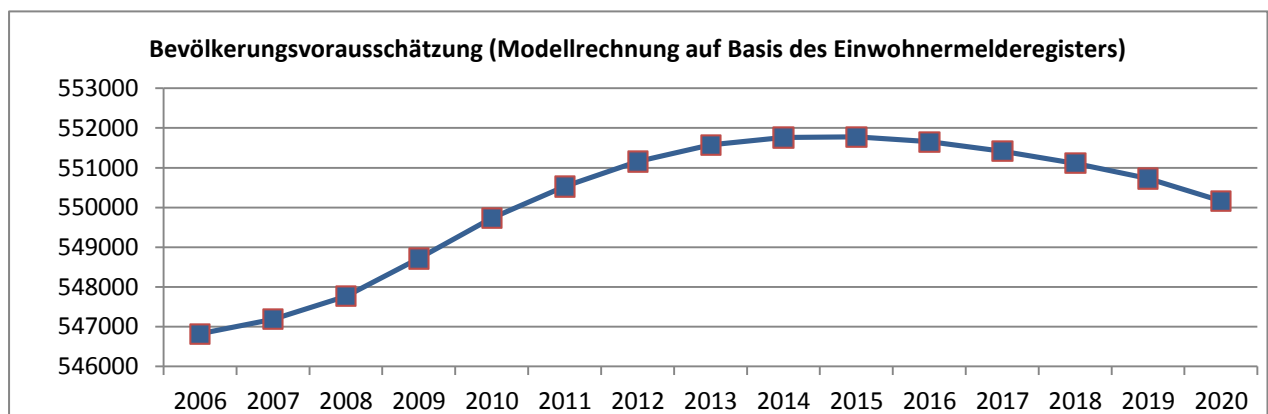
Die Arbeitslosigkeit ist auf Grund der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 überdurchschnittlich gestiegen. Lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2008 noch bei 9,1 %, stieg sie auf 10,1 % im Oktober 2009 an. Diesen regressiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt wurde durch gezielte arbeitsmarktpolitische Aktivitäten entgegengewirkt und dadurch eine stärkere zahlenmäßige Auswirkung der Krise auf regionaler Ebene verhindert. Im Bereich des Rechtskreises SGB III bediente man sich hierzu insbesondere der Instrumente Kurzarbeitergeld (KuG) sowie „KuG-Quali“, welches in Bremen überdurchschnittlich in Anspruch genommen wurde (im Gegensatz zu Bremerhaven: hier lag die Inanspruchnahme unter dem Bundesdurchschnitt).

Im Rechtskreis SGB II wurden arbeitsmarktpolitisch in starkem Maße Qualifizierungsmaßnahmen und beschäftigungsbegleitende Leistungen eingesetzt und eine effiziente Beteiligung an den Landesprogrammen forciert.

### Demografische Entwicklung

Für die Zukunft ist auch die demografische Entwicklung in der Stadt Bremen zu verfolgen. In den folgenden fünf Jahren wird nur ein leichter Bevölkerungszugang in Höhe von ca. 1.800 Personen erwartet, der bis 2020 wieder rückläufig prognostiziert wird. Bezogen auf den tendenziell vorhandenen sektoralen Fachkräftemangel wird der Arbeitsmarkt keine positiven, spürbaren Veränderungen erfahren.

Die demografische Entwicklung der Stadt Bremen wird anhand der nachfolgenden Abbildung dargestellt:



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Stand: Mai 2008

Die Entwicklungen in den unterschiedlichen Altersgruppen zeigen zudem eine zunehmende „Überalterungstendenz“. Ältere Erwerbsfähige (50 bis 65 Jahre) werden das stärkste Wachstum aufweisen. Die 50 bis unter 65-jährigen werden bis zum Jahr 2020 um ca. 16.600 Personen auf dann 117.013 Einwohner zunehmen. Vor diesem Hintergrund kommt einer verstärkten Integration älterer erwerbsloser Personen in den ersten Arbeitsmarkt eine besondere Bedeutung zu.

<sup>2</sup> Arbeitsmarktreport Bremen, Mai 2010, Statistik der Bundesagentur für Arbeit

## 2.2 Darstellung des Arbeitsmarktes Bremen

Das Land Bremen verfügt einerseits über eine manifestierte Betriebsstruktur im Bereich der Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU 50 bis 249 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern), hier liegt die Zahl bei 846 Betrieben, mit 86.835 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Insgesamt haben sich im Land Bremen 16.070 Betriebe mit insgesamt 283.071 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten angesiedelt. Nicht unwesentlich ist hierbei die Zahl von 65.926 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die in 50 Bremer Betrieben mit einer Mindest-Mitarbeiter/innenzahl von 500, tätig sind. Das entspricht einem Anteil von knapp 24%<sup>3</sup>.

Der Arbeitsmarkt zeigt weiterhin eine große Dynamik: Bremen hat sich zum Standort mit hoher technologischer Kompetenz und Innovationskraft entwickelt. Der Branchenmix hat internationale Ausstrahlungskraft: Automobilbau, Luft- und Raumfahrt, Nahrungs- und Genussmittel, mobile Technologien, Life Science, Biotechnologie und Logistik sind hervorragend aufgestellt.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen in der Stadt Bremen ab März 2007 bis März 2010:

### sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen in Bremen (Stadt)

	Mrz 07	Jun 07	Sep 07	Dez 07	Mrz 08	Jun 08	Sep 08	Dez 08	Mrz 09	Jun 09	Sep 09	Dez 09	Mrz 10
Insgesamt	232.719	234.340	238.878	238.851	238.671	239.063	243.375	241.839	238.706	236.878	240.257	239.413	238.274
Männer	132.750	134.197	136.546	136.196	136.179	136.863	138.750	137.153	134.800	133.914	135.266	134.105	133.319
Frauen	99.969	100.143	102.332	102.655	102.492	102.200	104.625	104.686	103.906	102.964	104.991	105.308	104.955

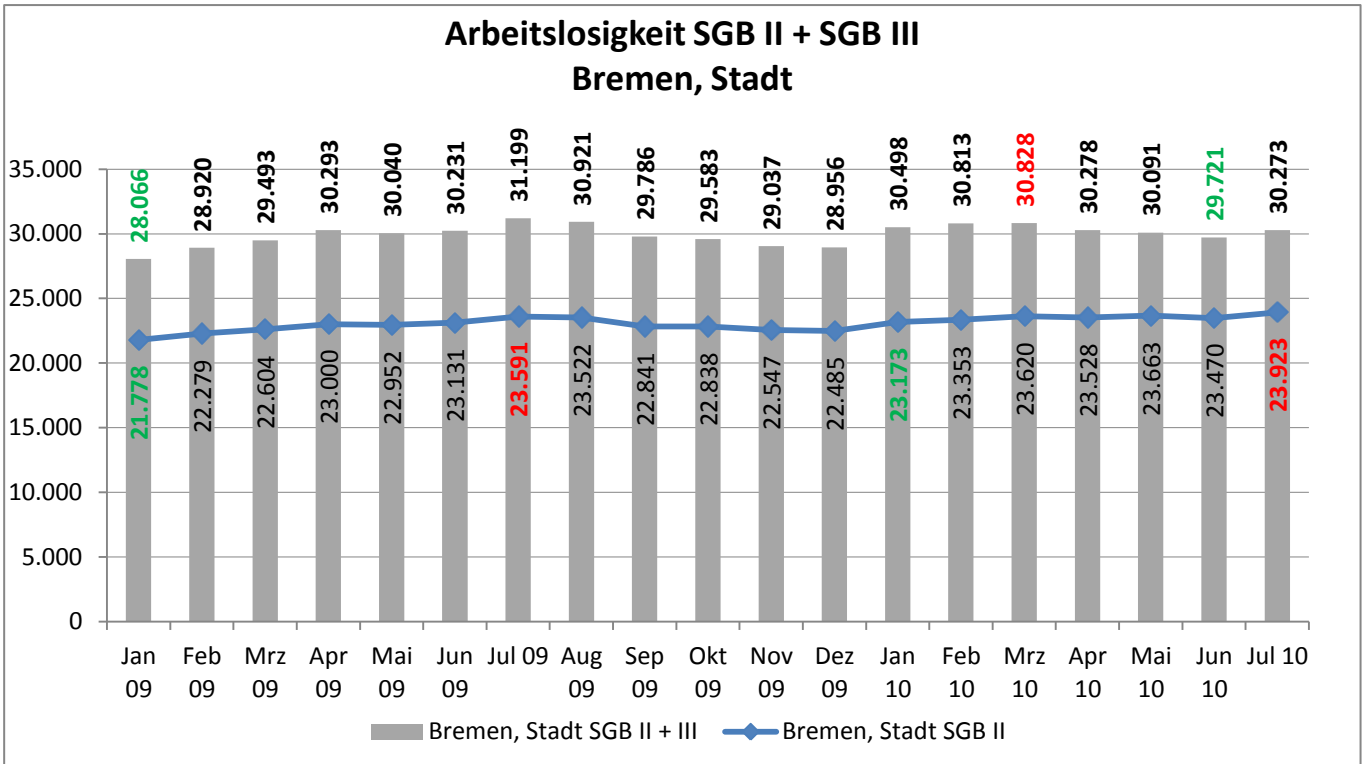
Quelle: Statistik-Service-Nordost, Stichtag 17.08.2010

Während die Gesamtzahlen mit dem Aufschwung bis in das Jahr 2008 kontinuierlich anstiegen und nach der Krise kurzfristig gesunken sind, liegt nun ein leicht steigender Wert für die Stadt Bremen mit ca. 240.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen vor. Bemerkenswert ist, dass Männer in der Krise (vgl. Sep. 2008 mit Dez. 2008) stärker vom Verlust des Arbeitsplatzes betroffen waren als Frauen. Hier nahm trotz Wirtschaftskrise die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen marginal zu.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Bremen (Stadt) seit Januar 2009 (die Säulen zeigen den Bereich SGB II und SGB III gesamt, die blaue Linie den Anteil des Bereichs SGB II).

Die höchste Arbeitslosenzahl wurde im März 2010 mit insgesamt 30.828 Personen (Rechtskreise SGB III und SGB II) festgestellt (März 2009 = 29.493). Der niedrigste Stand wurde mit 29.721 Arbeitslosen im Juni 2010 erreicht. Im Vorjahresvergleich (Juni 2009) bedeutet dies eine leichte Reduzierung um 510 Personen. Die Gesamt-Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, bewegte sich 2010 zwischen 11,4 Prozent (Januar) und 11,3 Prozent (Juli) und blieb damit im Jahresverlauf relativ stabil.

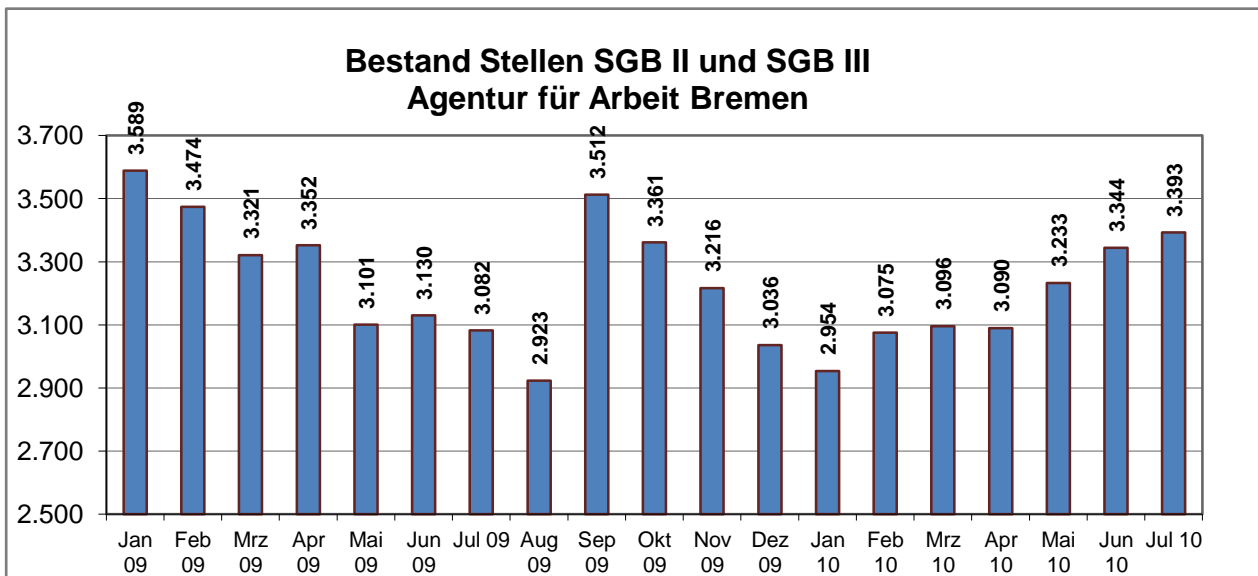
<sup>3</sup> Beschäftigungsstatistik, Zahl der Betriebe und ihrer Beschäftigten nach Größenklassen, Nürnberg, Zeitreihe Juni 2009



Quelle: Statistik der BA, Bestand an Arbeitslosen nach SGB II- Gebietsstruktur, Stand Juli 2010

#### Entwicklung der offenen Arbeitsstellen

Betrachtet man die Entwicklung der im Arbeitgeber-Service gemeldeten offenen Arbeitsstellen, zeigen sich zunächst die Folgen der Wirtschaftskrise und im weiteren Verlauf die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.



Quelle: Statistik Service Nordost, Stand: 29.07.2010

Die starke Arbeitskräftenachfrage im September 2009 wirkt verzerrend und erklärt sich durch einen Großauftrag eines einzelnen Arbeitgebers mit Sitz in Bremen, der mehrere hundert Stellenangebote für Einsatzorte in ganz Deutschland bei der Agentur für Arbeit Bremen gemeldet hat. Dieses führte zu dem schlagartigen Anstieg.

Dem gegenübergestellt Integrationszahlen zeigen die Belegung am Arbeitsmarkt; lagen die Werte in der BAGIS im Januar 2010 noch unter der Erwartung des Bundes mit einer absoluten Zahl von 472 (Vorjahreswert: 540) sind die Werte im Laufe des Jahres gestiegen und ergaben bis August 2010 einen kumulierten<sup>4</sup> Wert von 5.404 (Vorjahreswert: 4.584).

Die Beschäftigungsquote liegt in der Stadt Bremen mit 46,6 % noch unter dem Bundesdurchschnitt mit 50,1 %.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist in den Strukturdaten nach, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gemessen an der der Gesamtzahl mit  $\frac{3}{4}$  im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich) und mit knapp  $\frac{1}{4}$  im sekundären Sektor (produzierendes Gewerbe) besteht. Der Primäre Sektor (Land- und Forstwirtschaft und Fischerei) ist minimal vertreten.

Im August 2010 lag der Gesamtbestand im gemeinsamen Arbeitgeber-Service mit der Agentur für Arbeit Bremen bei 3.199 (ungeförderten) Stellen (+21,1% gegenüber dem Vorjahr). Besonders zu nennen ist hier die Anzahl der gemeldeten Stellen im Bereich der Personaldienstleistungen (Zeitarbeit und private Arbeitsvermittlung): von den 3.199 Stellen waren 1.519 (das entspricht 47,5 %) für die Überlassung von Arbeitskräften gemeldet. 49 Prozent der gemeldeten Stellen wurden über die Zeitarbeit in den unterschiedlichsten Berufsfeldern besetzt.

Auf dem Bremer (ersten) Arbeitsmarkt wurden trotz der üblichen Sommerpause zahlreiche Fachkräfte aber auch Ungelernte gesucht, bei den meisten Berufen liegt die Nachfrage über dem Vorjahresniveau. Bedarf bestand u.a. an 294 Lagerverwalter/innen und Lager- und Transportarbeiter/innen (+500% gegenüber dem Vorjahr) sowie 256 Elektriker/innen (+24,9%) und 208 Warenkaufleute (+4,5%). Auch die Anzahl der gesuchten Kräfte im Reinigungsbereich mit 103 Stellen (+128,9%) ist angestiegen. Rückläufig, und damit konträr zur bundesweiten Entwicklung ist die Nachfrage im Gesundheits- und Sozialwesen. Hier ist ein leichter Nachfragerückgang gegenüber dem Vorjahr festzustellen: 125 Stellen für sozialpflegerische Berufe (-6,7%) und 32 Stellen für körperpflegerische Berufe (-31,9%). Das Jobcenter Bremen wird sich, wie unter 3.1 beschrieben, unter anderen an diesen Tendenzen mit dem Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente orientieren. Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm „lebt“ jedoch auch von kurzfristigen Änderungen auf Grund von Trendänderungen und aktuellen Interventionsbedarfen und bleibt damit flexibel.

### **2.3 Darstellung des Ausbildungsmarktes in Bremen**

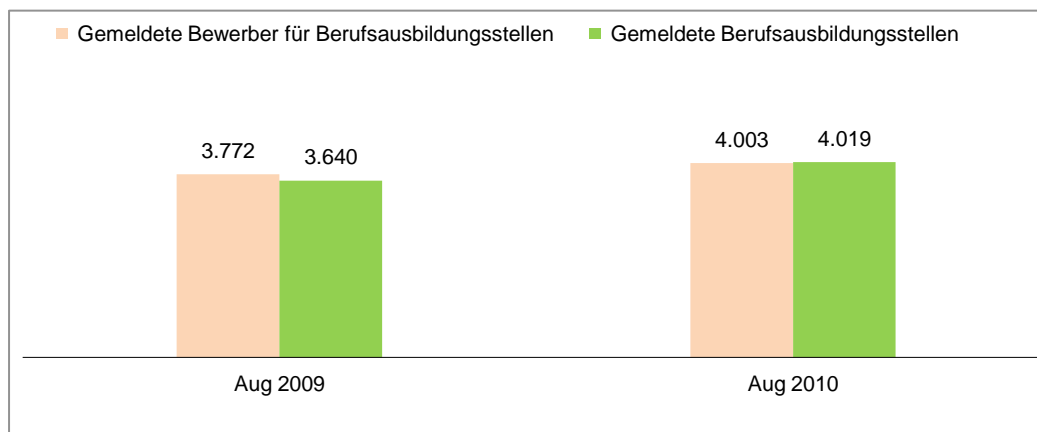
Das Jobcenter Bremen gehört zu den 28 Institutionen, die am 14. Dezember 2010 die „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011-2013“ unterzeichnet haben. Für das Jahr 2011 wurden konkrete Verabredungen zur Optimierung des sogenannten Übergangssystems getroffen. Für die Zielgruppe von Jugendlichen, die sich seit Jahren vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemühen, liegen nach einer Sondererhebung detaillierte Erkenntnisse vor, um sie bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz aktiv unterstützen zu können.

---

<sup>4</sup> Bedeutung: "aufaddierend" und beschreibt Wahrscheinlichkeitswerte, die sich aus einzelnen Wahrscheinlichkeitswerten zusammensetzen (addiert werden)

Gleichwohl ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Bremen schwierig. Der Agentur für Arbeit Bremen wurden im Vergleich zum vorherigen Ausbildungsjahr (Zeitraum 01.10.08-30.09.09) mehr freie Ausbildungsstellen gemeldet. Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der ausbildungsuchenden Jugendlichen gestiegen.

Das Angebot an freien Ausbildungsstellen wird sich aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung voraussichtlich noch erweitern.



Quelle: Statistik Service Nordost, Arbeitsmarktreport Bremen, Aug. 2010

### Entwicklung der offenen Ausbildungsstellen

Als Berufsausbildungsstellen zählen alle mit einem Auftrag zur Vermittlung gemeldeten und im Berichtsjahr<sup>5</sup> zu besetzenden betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen für anerkannte Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG). Lt. Statistik der Bundesagentur für Arbeit im August 2010 standen seit Beginn des Berichtsjahres insgesamt 4.019 gemeldete Berufsausbildungsstellen zur Verfügung, darunter lag das Gros mit 3.463 bei den betrieblichen Ausbildungsstellen. Dem gegenüber standen 4.003 Bewerberinnen und Bewerber, die sich um einen Ausbildungsplatz bemüht haben. Trotz des rechnerisch ausgewogenen Verhältnisses, konnten nicht alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und auch nicht alle Bewerberinnen und Bewerber entsprechend ihrer Wünsche versorgt werden. Schließlich werden über 40 % der Ausbildungsplätze im Land Bremen durch Jugendliche aus dem Umland besetzt.

Zum Ende des Berichtsjahres 2010 mit Stand Oktober verblieben 93 unversorgte Bewerber und Bewerberinnen und ein Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen von 197 für den Stadtbezirk Bremen. Die Berufsberatung, die durch die Agentur für Arbeit durchgeführt wird, berät sowohl die Bewerberinnen und Bewerber als auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dahingehend, auch artverwandte Berufswegplanungen einzuschlagen und abzuwägen. Dennoch verbleibt es durchaus bei dem oben genannten „Rest-Klientel“, das nicht immer aus dem Bestand der offenen Stellen bedient werden kann.

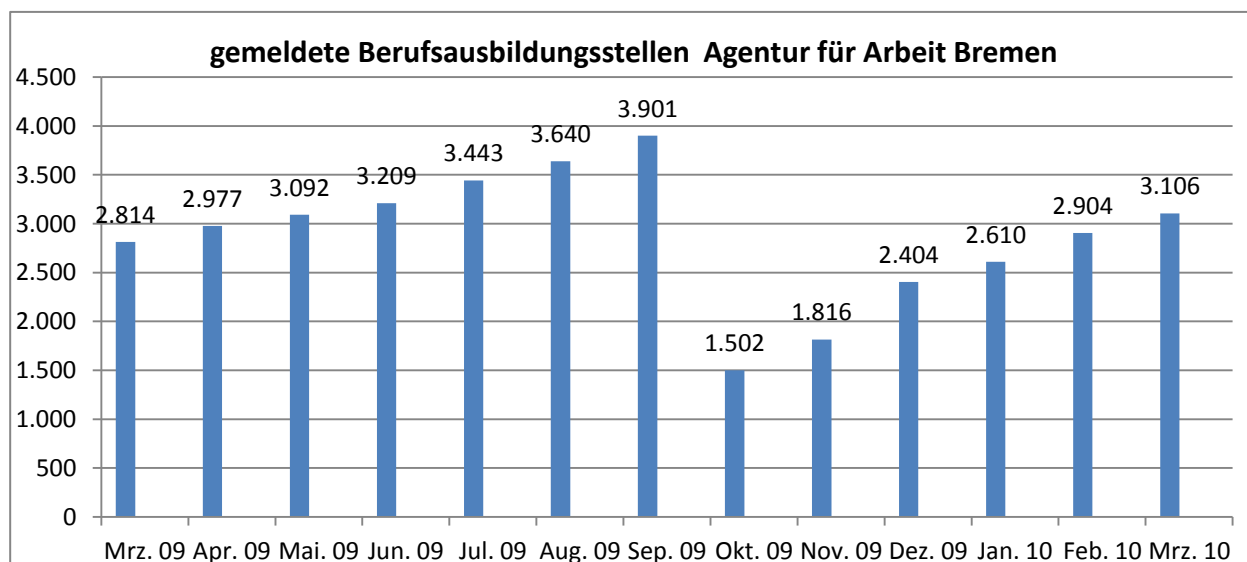
Im Rahmen der jährlich durchgeführten „Nachvermittlungsaktionen“ im September 2010 konnte 181 Jugendlichen noch ein Ausbildungsangebot unterbreitet werden. Jugendliche, die nicht an der Nachvermittlungsaktion teilnehmen konnten, haben im Anschluss weiterhin die Möglichkeit, sich an die Berufsberatung der Agentur für Ar-

<sup>5</sup> vom 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres



beit, die Ausbildungsberaterinnen und –berater der Kammern und an die Mitarbeiter/innen des Bremer Ausbildungsbüros zu wenden.

Um die Entwicklung der offenen Ausbildungsstellen zu verfolgen, wird der Zeitraum von März 2009 bis März 2010 betrachtet und zeigt eine kontinuierliche Belegung aber auch eine typische, zyklische Bewegung.



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, gemeldete Berufsausbildungsstellen, Zeitreihe, Agentur für Arbeit Bremen, Datenstand August 2010 (revidierte Zahlen)

## 2.4 Analyse des Bewerberpotentials (Kundenstruktur)

### 2.4.1 Entwicklung der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Bedarfsgemeinschaften

Die Bestandsentwicklung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II, der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) sowie der Bedarfsgemeinschaften (BG) war im Vergleich zu 2009 durch eine leichte Zunahme geprägt.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Bremen:

2009												2010			
Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr
38.264	38.629	38.925	39.111	39.172	39.256	39.551	39.606	39.721	39.787	39.759	39.826	40.096	40.489	40.815	40.845

Quelle: Statistik-Service-Nordost, Stand: 02.08.10 revidierte Daten

Bedarfsgemeinschaften setzen sich aus unterschiedlichen Personengruppen zusammen. Es wird hier unterschieden zwischen erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Zur Verdeutlichung werden die Monate März 2009 und 2010, aber auch eine ähnlich gelagerte Stadt, hier Duisburg<sup>6</sup>, miteinander verglichen:

<sup>6</sup> Duisburg ist wie Bremen im Vergleichscluster SGBII - Typ 3 (insgesamt 26 Grundsicherungsstellen)

	Bedarfsgemeinschaften			dar.: nicht-erwerbsfähige Hilfebedürftige			dar.: erwerbsfähige Hilfebedürftige			dar.: Arbeitslose SGB II		
	März 2010	März 2009	Veränderung in %	März 2010	März 2009	Veränderung in %	März 2010	März 2009	Veränderung in %	März 2010	Anteil an EHB in %	Veränderungen zum Vorjahr in %
Bremen	40.815	38.925	+ 4,9	21.052	20.402	+ 3,2	54.587	52.316	+ 4,3	23.620	43,3	+ 4,5
Duisburg	36.923	35.673	+ 3,5	20.353	19.862	+ 2,5	52.215	50.477	+ 3,4	25.736	49,3	+ 2,8

Quelle: Arbeitsmarktbericht des Landes Bremen, Juli 2010 (revidierte Daten)

Personen in einer Bedarfsgemeinschaft unterteilen sich in erwerbsfähige Hilfebedürftige und nicht-erwerbsfähige Hilfebedürftige; die Zahl liegt im März 2010 bei 75.639 Personen. Für die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bleiben die nicht-erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zunächst außer Betracht.

Betrachtet man die Struktur der Bedarfsgemeinschaften und die Personen innerhalb der Bedarfsgemeinschaften in Bremen näher, so zeigt sich, dass das Jobcenter Bremen 40.815 Bedarfsgemeinschaften unterschiedlichen BG-Typs betreut, darunter das Gros mit Single-Bedarfsgemeinschaften:

März 2010	Bedarfsgemeinschaften								
	Insgesamt	darunter nach BG-Typ				darunter BG mit Kindern unter 18 Jahren			
		Single-BG	Alleinerziehend BG	Partner-BG ohne Kinder	Partner-BG mit Kindern	Insgesamt	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr Kinder
<b>ARGE Bremen insgesamt</b>	<b>40.815<sup>7</sup></b>	<b>22.497</b>	<b>7.385</b>	<b>3.903</b>	<b>5.966</b>	<b>13.360</b>	<b>6.875</b>	<b>4.117</b>	<b>2.368</b>

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, BG und Personen in BG nach ausgewählten Merkmalen, März 2010

Eine weitere Unterteilung nach Alter (bis zum 25. Lebensjahr) zeigt, dass von den 75.639 Personen in den Bedarfsgemeinschaften 20.127 das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und damit keine Berücksichtigung für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen finden.

Personen in Bedarfsgemeinschaften						
Insgesamt	dar. nach Alter					
	unter 3 Jahre	3 bis unter 7 Jahre	7 bis unter 15 Jahre	15 bis unter 18 Jahre	18 bis unter 20 Jahre	20 bis unter 25 Jahre
<b>75.639</b>	<b>4.613</b>	<b>5.804</b>	<b>9.710</b>	<b>3.277</b>	<b>2.120</b>	<b>4.915</b>

Eine Erhebung<sup>8</sup> nach Alter und Schulabschluss zeigt, dass mehr als 10% (absolut 3.253) aller Grundsicherungsbezieher/innen nicht über einen Schulabschluss verfügen. Bei diesem Personenkreis gestaltet sich die Integrationsarbeit in der Regel besonders schwierig.

Das Schulniveau bei den in der Bedarfsgemeinschaft lebenden erwerbsfähigen jungen Menschen unter 25 Jahren zeigt vielfach eine „Minder-Qualifikation“ (keinen Schulabschluss). Hier liegt der Anteil gemessen an den 15 – 24jährigen (absolut 2.868) mit 324 Jugendlichen über 11%. Hier gilt es, die Integrationstätigkeit in Verbindung mit den notwendigen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen effektiv einzusetzen und wie unter 3. beschrieben zu unterstützen.

<sup>7</sup> Mit der bisherigen Typisierung werden nicht alle Bedarfsgemeinschaften erfasst und abgebildet. Es bleibt eine Restkategorie von Bedarfsgemeinschaften „sonstige“ i.Höhe von 1.064, die keiner dieser Typen zugeordnet werden können.

<sup>8</sup> Quelle: Informationsangebot der Bundesagentur für Arbeit, Berichtsmonat: März 2010, Stadt Bremen

## Kundinnen und Kunden in der Integration

In der Integrationsarbeit wird mit dem Begriff der Kundin bzw. des Kunden gearbeitet. Darunter versteht man alle erwerbsfähigen Arbeitslosen und Arbeitssuchenden. Im März 2010 waren es 30.819 Kunden (s. folgende Tabelle der Profillagen).

Eine weitere Unterteilung nach Alter und Geschlecht zeigt, dass das Gros der Kundinnen und Kunden zwischen 25 und 50 Jahren mit 21.437 Personen (12.183 Frauen und 9.254 Männer) liegt.

Bei der Differenzierung der Kundenstruktur nach Alter und Profillagen ist festzuhalten, dass die Einführung des „4-Phasen-Modells“ im August 2009 mit der Übersetzung von bisher vier Betreuungsstufen auf nunmehr sechs Profillagen verbunden war.

März 10	Profillagen	Alle	15-24	25-49	50-64
	Alle	30819	2868	21437	6514
	N noch nicht festgelegt	1102	181	738	183
	MP Marktprofil	1688	228	1313	147
	AP Aktivierungsprofil	966	178	687	101
	FP Förderprofil	7721	708	5750	1263
	EP Entwicklungsprofil	9954	775	6900	2279
	SP Stabilisierungsprofil	2179	183	1465	531
	UP Unterstützungsprofil	6100	376	3939	1785
	Z Zuordnung nicht erforderlich	1109	239	645	225

Quelle: Informationsangebot der Bundesagentur für Arbeit

Die Umstellung und Anpassung der Integrationsarbeit auf das 4-PM wurde am 30.09.2010 abgeschlossen.

Für das Jahr 2011 zeichnet sich ab, dass die Profillagen „Entwicklungsprofil“, „Stabilisierungsprofil“ sowie „Unterstützungsprofil“, die die marktfernen, stabilisierungs- und unterstützungsbedürftigen Kundinnen und Kunden abbilden, neben dem Förderprofil den quantitativen Schwerpunkt bilden werden.

Hierauf gilt es den Instrumentenmix auszurichten, um – entsprechend den Profillagen-Integrationen bzw. Integrationsfortschritte zu erzielen.

Hierbei kommt unter anderem den gesetzlich definierten kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II Bedeutung zu. Sie dienen der Minderung oder Beseitigung von persönlichen oder sozialen Hemmnissen (z.B. Schulden, Sucht) vor oder bei Aufnahme einer Beschäftigung. Ebenfalls werden über die Kommune Kinderbetreuungsplätze bei Bedarf zur Verfügung gestellt. Eine Konkretisierung dieser Leistungen findet sich unter dem Punkt 3.1.

Entscheidend für die Inanspruchnahme aller arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten und ausgehend von den bisher genannten Erkenntnissen werden im Folgenden die Entwicklungen der Arbeitslosen nach Zielgruppen näher beschrieben.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bereich SGB II in Form einer Zeitreihe von März 2009 bis März 2010:

Merkmal	2009										2010		
	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	12	13	14
<b>Arbeitslose</b>													
<b>Bestand</b>	22.604	23.000	22.952	23.131	23.591	23.522	22.841	22.838	22.547	22.485	23.173	23.353	23.620
Frauen	9.927	10.059	10.026	10.094	10.350	10.316	9.964	9.987	9.796	9.737	9.983	10.114	10.233
15 bis unter 25 Jahre	1.784	1.817	1.814	1.818	2.027	1.938	1.850	1.824	1.771	1.761	1.783	1.878	1.926
50 bis unter 65 Jahre	4.973	5.090	5.120	5.155	5.168	5.136	4.856	4.870	4.846	4.811	4.982	5.005	5.076
Schwerbehinderte	916	946	898	890	889	886	853	858	851	850	872	871	863
Langzeitarbeitslose	10.726	10.858	10.759	10.754	10.804	10.763	10.604	10.646	10.645	10.592	10.914	10.865	10.912

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Eckwerte Bremen Stadt

Erläuterungen der Zahlenmenge: Die Entwicklungen des Bestandes der Frauen, der 15 – 24 jährigen, der 50 – 64 jährigen sowie der Langzeitarbeitslosen bilden jeweils eine Teilmenge bezogen auf den Bestand der Arbeitslosen ab.

Die Entwicklung zeigt bei allen genannten Personenkreisen eine Steigerung, bzw. eine Verstetigung, so dass hier ein besonderes Augenmerk bei dem Einsatz und der Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente erfolgen muss. Ausgenommen ist der Personenkreis der Schwerbehinderten; hier ist ein kontinuierlicher Rückgang zu verzeichnen. Näheres zum Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hierzu wird unter 3. beschrieben.

### 3. Geschäftspolitische Ziele

Die analog 2010 gesetzten Zielsetzungen des Bundes

- Verringerung der passiven Leistungen,
- Verbesserung der Integrationen,
- Langezeitbezug vermeiden und die
- Kundenzufriedenheit sicherzustellen

werden durch die geschäftspolitischen Schwerpunktsetzungen des Jobcenters Bremen unterstützt.<sup>9</sup>

Die Kompetenzen der regionalen Netzwerkpartner am Arbeitsmarkt (Wirtschaftsverbände, Bildungsträger sowie der Träger Kommune und Agentur für Arbeit Bremen) sollen weiter genutzt und in enger Zusammenarbeit mit ihnen ganzjährig Maßnahmen, Instrumente und flankierende Leistungen zur Verfügung gestellt werden.

Die zeitnahe Versorgung der Arbeitgeber mit passgenauen Bewerbern bleibt das primäre Ziel des gemeinsamen Arbeitgeber-Service.

#### 3.1 Strategische Handlungsfelder/ operative Umsetzung

Das Ziel, die Integrationen auf dem ersten Arbeitsmarkt und auf dem Ausbildungsmarkt zu forcieren, hat Priorität. Soweit erwerbsfähige Hilfebedürftige nicht ohne Förderung in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden können, greifen arbeitsmarktpolitische Instrumente, mit denen die Vermittlung unterstützt und somit die Hilfebedürftigkeit beendet bzw. verringert werden soll.

<sup>9</sup> s. Planungsbrief der Bundesagentur für Arbeit 2011, Zentrale-CF 1 vom 17.09.2010

Darüber hinaus sollen auch weiterhin Maßnahmen zur Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt (Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwand- und Entgeltvariante) angeboten werden.

Unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit aber insbesondere auch der Wirksamkeit der bisher durchgeführten Maßnahmen wird das Jobcenter Bremen die Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) weiter aktiv betreiben. Gute Integrationserfolge wurden insbesondere bei ausgewählten Umschulungen mit einem anerkannten Berufsabschluss erzielt.

Aber auch finanzielle Unterstützungen, wie z.B. Eingliederungszuschüsse (EGZ) oder der Vermittlungsgutschein (VGS), die eine sofortige Arbeitsaufnahme auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen, werden weiterhin vom Jobcenter Bremen forciert.

Um die oben genannten Eingliederungsleistungen zielgenauer und effizienter für die Eingliederung einzusetzen, ist neben der Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des gesamten Maßnahmenportfolios ein passgenauer Maßnahmeeinsatz unabdingbar.

Die Zielplanung für 2011 sieht insgesamt ca. 17.837 Eintritte in arbeitsmarktpolitische Instrumente vor. Zu berücksichtigen sind im Vergleich zum Jahr 2010 die bereits in der Einleitung erwähnten Mittelkürzungen der Bundesregierung.

<b>Maßnahmeart</b>	<b>Geplante Förderungen 2010</b>	<b>Geplante Förderungen 2011</b>	<b>Geplantes Budget 2011</b>
Beratung und Unterstützung der Arbeitssuche; Aktivierende Leistungen	12.382	9.210	4.689.074 Euro
Qualifizierung; geplante Bildungsgutscheine incl. Hauptschulabschluss	3.000	2.200	16.977.051 Euro
Beschäftigungsbegleitende Hilfen zur Eingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt	1.537	835	5.214.550 Euro
Spezielle Maßnahmen für Jüngere	448	248	4.418.584 Euro
Spezielle Maßnahmen zur Rehabilitation	154	154	2.640.416 Euro
Beschäftigungsschaffende Maßnahmen auf dem 2. Arbeitsmarkt	7.000	4.710 (inkl. 560 AGH-E)	21.542.614 Euro
Projektförderungen im Rahmen der Freien Förderung §16f SGBII (u.a. Beteiligung an Landesprogrammen)	ca. 500	Ca. 500**	744.000 Euro
<b>Gesamt</b>	<b>24.521*</b>	<b>17.857*</b>	
<b>Verplantes Budget 2011; incl. Verbindungen</b>			<b>56.226.289 Euro</b>
*Planungsanpassung im Jahresverlauf, zusätzlich Förderung von 200 Bürgerarbeitsplätzen geplant (Finanzierung außerhalb des EGT)			
**keine Einrechnung in die Gesamtaktivierung			

### 3.2 Förderpolitik bezogen auf besondere Personen- bzw. Zielgruppen

Die vorrangigen Zielgruppen des Jahres 2011 sind insbesondere jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer U25, Frauen, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 50 Jahren, behinderte und schwerbehinderte Menschen sowie Migrantinnen und Migranten bzw. Personen mit Migrationshintergrund.

Mit Stand Juli 2010 können – mit Ausnahme des Personenkreises der Migrantinnen und Migranten<sup>10</sup> - zu diesen Zielgruppen folgende Größenordnungen abgebildet werden:

Bestandszahlen Stadt Bremen	Anzahl	davon Anteil
Alle (Arbeitslose im Rechtskreis SGB II)	23.923	
Jugendliche	2.010	8,4 %
Frauen	10.581	44,2 %
Ältere Arbeitnehmer (50plus)	5.196	21,7 %
Ausländer	6.155	25,7 %
Schwerbehinderte	838	3,5 %
Langzeitarbeitslose	10.641	44,8 %

Quelle: Kreisreport Bremen, Eckwerte Juli 2010

Die wirtschaftliche Belebung hat auch den Ausbildungsmarkt und den Arbeitsmarkt für **junge Menschen** erreicht. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist nach kräftigem Anstieg nun wieder leicht rückläufig. Im Juli 2010 waren 2.010 Jugendliche unter 25 Jahre arbeitslos gemeldet, das sind 17 Personen oder 0,8% weniger als im Juli 2009.

Der Bestand an langzeitarbeitslosen Personen unter 25 Jahren ist mit 13 % weiterhin hoch.

Das Beratungs- und Maßnahmeangebot für Jugendliche ist so gestaltet, dass in jeder Phase der Eingliederung eines Jugendlichen in Erwerbstätigkeit – beginnend vom Ende der Schulzeit über die Ausbildung bis zum Übergang von der Ausbildung in Erwerbstätigkeit - spezifische Instrumente vorgehalten werden. Damit ist sichergestellt, dass Jugendliche, die in der einen oder anderen Phase des Übergangs von der Schule in Erwerbstätigkeit scheitern, immer auf ein Beratungs- und Betreuungsangebot zurückgreifen können, das auf ihre individuellen Eingliederungsprobleme und Förderbedarfe ausgerichtet ist.

---

<sup>10</sup> Erst nach Umsetzung der Änderung des SGB II vom 22.12.2008 werden von Grundsicherungsstellen" Merkmale des Migrationshintergrunds erhoben (§51 Abs. 2 Nr.1). Ansonsten besteht die Möglichkeit aus dem seit 2005 auf Basis des Mikrozensus ermittelbaren Verhältnisses von Ausländer/innen zu Migrant/innen in Deutschland die Migrant/innen zu schätzen. In verschiedenen Studien wurde zu verschiedenen Bereichen, darunter die Arbeitsförderung, ein Verhältnis von Ausländer/innen zu Migrant/innen von ca. 1:2 in Deutschland ermittelt. Dort wo die Schätzungen durch nachträgliches Zählen von Migrant/innen geprüft wurden, erwiesen sie sich als stabil. (Vgl. Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Auftraggeberin), Studie zum Personenkreis mit Migrationshintergrund - Ein Beitrag zum operationellen Programm des Europäischen Sozialfonds 2007-2013 im Land Bremen, Bremen u. Hamburg 2008). Durch fortlaufend erfolgte Einbürgerungen und Geburten in Migrant/innenfamilien ist mittlerweile allerdings davon auszugehen ist, dass der Schätzfaktor 2 (Ausländer/innen x 2 = Migrant/innen) als "defensiv" anzusehen ist. Das heißt, derart ermittelte Migrant/innenzahlen sind heute als vorsichtige Schätzungen anzusehen, reale Werte dürften eher darüber liegen.

Durch z.B. Arbeitsgelegenheiten, Maßnahmen nach § 46 SGB III und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (bvB) der AA Bremen wird eine breite Palette zur individuellen Förderung vorgehalten.

Spezielle Aktivierungshilfen, besondere Angebote für junge Mütter und Maßnahmen mit einer intensiven sozialpädagogischen Beratung sichern einzelne Bedarfe und die Fortsetzung der Qualifizierungsoffensive des Vorjahres.

Für benachteiligte Jugendliche wird weiterhin die Möglichkeit der Förderung durch eine Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE), Einstiegsqualifizierung (EQ) oder durch ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) ermöglicht.

**Frauen** nehmen trotz aller Gleichstellungsbemühungen immer noch eine besondere Position auf dem Arbeitsmarkt und damit auch in der Vermittlung ein. Der Anteil der arbeitslosen erwerbsfähigen hilfebedürftigen Frauen im Bestand konnte im Laufe des Jahres 2010, wenn auch gering, reduziert werden. Im August 2010 lag der Anteil bei 44,5 %. Das Jobcenter Bremen strebt auch in 2011 an, die Frauenförderquote nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 SGB III erneut zu erreichen.

Ausgehend von den geplanten 17.707 Eintritten ergibt dies eine Größenordnung von ca. 7.100 Förderungen von Frauen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die zeitliche und räumliche Mobilität von Frauen oftmals stärker eingeschränkt ist als bei Männern. Dabei spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine besondere Rolle in der Förderpolitik des Jobcenters Bremen.

Neben altersunabhängigen Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten, Frauenberatungsstellen, Existenzgründungsberatungen werden in weiteren Projekten (z.B. Berta, Hilda) für junge Frauen unter 25 Jahren auch für junge Mütter unter 25 besondere Hilfen (BeLeM, Spagat, Teilzeit BaE) angeboten.

Unter Berücksichtigung der möglichen Inanspruchnahme einer der flankierenden Leistungen, der Kinderbetreuung, wird das Jobcenter Bremen die Integrationsmöglichkeiten von Frauen weiterhin stark unterstützen.

In enger Zusammenarbeit mit der bremer arbeit GmbH beteiligt sich das Jobcenter Bremen am Bundesprogramm „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ - GAFA - und orientiert insbesondere Frauen zu den Beratungsstellen.

Ab 2011 wird im Jobcenter Bremen entsprechend der gesetzlichen Änderungen zur Neuorganisation im SGB II die Stelle einer Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt eingerichtet, die sich dann federführend für die Weiterführung und Weiterentwicklung genderspezifischer Ansätze verantwortlich zeichnet.

Im Rahmen des bundesweiten Programms „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für **Ältere** in den Regionen“ wird in Bremen das Sonderprogramm „Chance 50+ - Aufwind für Ältere am Arbeitsmarkt“ als Bündnis der Paktpartner Bremen, Bremerhaven und Cuxhaven für die 3. Programmphase von 2011 bis 2015 weitergeführt. Hierbei liegt die Federführung und Paktkoordination beim Jobcenter Bremen.

In Bremen wird ein Schwerpunkt ab 2011 auf die Personengruppen der Migrantinnen und Migranten und der Menschen mit multiplen Hemmnissen gelegt.

Geplant sind folgende Maßnahmen: Gesundheitsfördernde Maßnahmen, spezielle Maßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund.

Daneben sind Aktivierungsmaßnahmen mit einem tiefergehenden Profiling geplant.

Diese Maßnahmen werden über das Bundesprogramm finanziert.

Der Fokus liegt auch im Jahr 2011 auf die Integration in den 1. Arbeitsmarkt. Geplant sind 405 Integrationen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, Fördermittel aus dem Bundesprogramm für zusätzlich notwendige Qualifizierungen an Arbeitgeber zu zahlen. Dem Jobcenter Bremen stehen vorbehaltlich der Zuschlagserteilung durch das BMAS 2,1 Mio. Euro für das Jahr 2011 zur Verfügung.

Für die Förderung von **Langzeitarbeitslosen** stehen neben der allgemeinen Vermittlung in Arbeit in den ersten Arbeitsmarkt alle arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente und Maßnahmen zur Verfügung. Insbesondere der Einstieg über Arbeitsgelegenheiten – Mehraufwand („In-Job“) kann für diesen Personenkreis, der länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet ist, von großer Bedeutung sein.

Aber auch das neu initiierte Bundesprogramm „Bürgerarbeit“ ist hierbei unterstützend. Das Jobcenter Bremen hat hier in enger Kooperation mit der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales 200 Arbeitsplätze über Bürgerarbeit ab 2011 in Planung. Die Mitte September 2010 im Rahmen der Teilnahme am Modellprojekt „Bürgerarbeit“ begonnenen Maßnahmen nach § 16 SGB II i.V.m. § 46 SGB III (GanZIL Bürgerarbeit) zielen u.a. auf diese Personengruppe ab. Mehr als 1.000 Personen sollen für dieses Programm mit Hilfe der eingerichteten Maßnahme aktiviert werden.

Mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sowie Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf das Arbeitsangebot, wie den zunehmenden Fachkräftemangel, hat die Arbeitsförderung von **Migrant/innen** eine hohe strategische Bedeutung. Vorhandene Potenziale müssen noch effizienter erkannt und gefördert werden. Das zeigt sehr eindringlich die Studie des BMAS "Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund"<sup>11</sup>.

Die Schwerpunktsetzung für das Jahr 2011 knüpft an das Vorjahr an. Zentrale Handlungsfelder sind u.a.

- Sprachförderung,
- Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse,
- Förderung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen,
- Weiterbildung und Qualifizierung.

Besondere Berücksichtigung findet die Förderung junger Erwachsener mit Migrationshintergrund, die ohne Schul- bzw. Ausbildungsabschluss sind und keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Sofern Menschen mit Migrationshintergrund die Schule ohne einen Abschluss verlassen, gilt es so früh wie möglich darauf hinzuwirken, einen Schulabschluss nachzuholen. Gemeinsam mit den Beratungsstellen und weiteren Kooperationspartnern ist die Förderung dieser jungen Menschen eine der vordringlichsten Aufgaben des Grundsicherungsträgers. Daneben ist das Jobcenter Bremen

---

<sup>11</sup> Vgl. BMAS (Auftraggeber): Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund, Hauptband, Duisburg 2009.



an der Entwicklung und Umsetzung verschiedener Maßnahmen in Kooperation mit Trägern beteiligt, die beginnend mit niederschweligen Angeboten die Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt begleiten und fördern. Hierbei handelt es sich größtenteils um Kombinationsmaßnahmen aus Qualifizierung und Sprachförderung. Grundsätzlich stehen Kunden/-innen mit Migrationshintergrund alle verfügbaren Förderinstrumente zur Verfügung – umso entscheidender wird es in 2011 sein, passgenaue Förderinstrumente zu nutzen und individuell einzusetzen.

### Menschen mit Behinderung

Ende August 2010 waren in der Grundsicherungsstelle 879 schwerbehinderte Leistungsbezieher/innen arbeitslos gemeldet sowie 1138 Leistungsbezieher/innen, die als Rehabilitanden in Kostenträgerschaft der jeweiligen Träger anerkannt sind. Von den 1138 Personen sind 246 der Ersteingliederung und 892 Personen der Wiedereingliederung zuzuordnen.

Grundsätzlich hat die Personengruppe der schwerbehinderten Leistungsbezieher/innen Zugang zu allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Darüber hinaus erfolgt in den Bereichen gewerblich-technisch und kaufmännisch eine spezifische Förderung im Rahmen der Weiterbildung (SIBS/Sensibilisierungs-, Informations- und Beratungsservice). Zugang zu dieser Weiterbildung haben neben Rehabilitanden auch schwerbehinderte Menschen. Speziell für den Personenkreis der Hörbehinderten sollen Bildungsgutscheine ausgegeben werden. Die Geschäftsstelle Nord bietet wie in den vergangenen Jahren aufgrund der besonderen räumlichen Situation der Geschäftsstelle ein gesondertes Maßnahmenportfolio für diesen Personenkreis an.

Gezielt an schwerbehinderte Menschen richtet sich das Arbeitsmarktprogramm, das aus Mitteln der Abgleichsabgabe des Integrationsamtes finanziert wird. Dieses Programm läuft noch bis Ende Februar 2011 und soll für einen weiteren Zeitraum von circa zwei Jahren bis Ende 2012 als Arbeitsmarktprogramm PLUS fortgesetzt werden. Über dieses Programm können u.a. Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber/innen gewährt werden, die schwerbehinderte Menschen befristet mit dem Ziel der Erprobung einstellen. Auf diese Weise kann das Einstellungsverhalten von Arbeitgeber/innen verändert und Vorbehalte gegen die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen abgebaut werden. Für schwerbehinderten Menschen ergibt sich der Vorteil, Zutrauen in die eigene Leistungsfähigkeit zu gewinnen, Berufserfahrung zu sammeln und ihre Vermittlungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern.

Das Jobcenter berücksichtigt bei der Arbeit mit schwerbehinderten Menschen die Fördermöglichkeiten und stellt im Bedarfsfall den Kontakt zum Integrationsamt her.

### Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II

Die kommunalen Eingliederungsleistungen werden ergänzend zu den Bundesleistungen zur Verbesserung der Eingliederungschancen erwerbsfähiger Hilfebedürftiger bereitgestellt. Sie dienen der Minderung oder Beseitigung von persönlichen oder sozialen Hemmnissen bei der Aufnahme einer Beschäftigung im allgemeinen Arbeits-

markt oder auch eines Förderangebots nach dem SGB II (z.B. Qualifizierungsmaßnahme, Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt). Im Sinne einer Bereitstellung von Leistungen „aus einer Hand“ aus der Perspektive der hilfebedürftigen Person, aber auch der Bündelung aller Leistungen bei den Integrationskräften des Jobcenters Bremen wird im AMIP für das Jahr 2011 erstmals eine inhaltliche und programmatische Einbettung der kommunalen Eingliederungsleistungen in das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm vorgenommen.

#### *Kinderbetreuung*

Die Aufgabe wird durch die Kommune Bremen wahrgenommen. Es besteht eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Jobcenter Bremen und der Kommune, so dass Kinderbetreuungsangebote bei Bedarf für SGB II Kundinnen und Kunden bereit gestellt werden können.

Daneben ist die Finanzierung von Kinderbetreuung bei beruflicher Weiterbildung oder bei Maßnahmen zur Aktivierung oder beruflichen Eingliederung aus SGB II-Mitteln weiterhin möglich.

#### *Schuldnerberatungen*

Für 2011 stellt das Sozialressort 1.770.000 € zur Verfügung. Seit Mitte Juli 2010 sind Nichtleistungsempfänger nach dem SGB II von der Finanzierung aus SGB II-Mitteln ausgeschlossen. Dies macht etwa  $\frac{1}{4}$  aller Fälle aus, was sich in 2011 finanziell niederschlagen wird. Dennoch ist wegen der in Bremen besonders hohen Verschuldung von Privathaushalten auch für die Klientel damit zu rechnen, dass in 2011 etwa 1.500 Personen aus dem Kreis der SGB II Kundinnen und Kunden erstmalig Angebote der Schuldnerberatung erhalten werden. Laufend sind Personen in die Entschuldungsprozesse eingebunden, da das Ziel der Entschuldung oftmals nicht schon im Jahr des Beratungsbeginns erreicht werden kann.

#### *Psychosoziale Betreuung*

2011 stellt das Ressort wie schon in den vergangenen Jahren 432.324 € für die psychosoziale Betreuung von Personen mit sozialen Schwierigkeiten in besonderen Lebensverhältnissen zur Verfügung. Damit werden wieder ca. 45-50 Plätze mit der sogenannten „aufsuchenden Hilfe“ gefördert werden können, was einer Personenzahl von etwa 100 entspricht. Hierunter versteht man Beratungsmaßnahmen, die im eigenen Wohnraum durchgeführt werden und dazu dienen, eine Verbesserung der sozialen Integration und Eigenständigkeit zu erreichen, um daraus möglicherweise eine Vermittlung in Arbeit zu ermöglichen.

#### *Suchtberatungen*

407.000 € stehen wie in den Vorjahren für die Bereiche Drogenberatung, legale Süchte und psychosoziale Beratung für psychisch kranke Personen zur Verfügung. Voraussichtlich können ca. 700 SGB II Kundinnen und Kunden die Angebote erstmals in Anspruch nehmen. Personen, die in Vorjahren bereits in die Suchtberatungsprozesse eingebunden wurden, werden ebenfalls weiter betreut.

## **4. Ressourcen**

#### 4.1 Personal

Im Bereich von Personen-Dienstleistungen sind qualifizierte, erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend für eine erfolgreiche Aufgabenerledigung. Dies gilt für die verlässliche Bearbeitung der Grundsicherung entlang gesetzlicher Regelungen und Verwaltungsanweisungen ebenso wie für eine kompetente, verbindliche Beratung zur Wiedereingliederung in Erwerbstätigkeit und für eine professionelle Arbeitsvermittlung.

Das Jobcenter Bremen selbst verfügt nicht über eigenes Personal. Die beiden Träger des Jobcenters Bremen, die Agentur für Arbeit Bremen und die Kommune Bremen stellen dem Jobcenter Personal zur Aufgabenerledigung zur Verfügung. Darüber hinaus sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Post, Bahn und Vivento im Rahmen der Amtshilfe im Jobcenter tätig. Daneben gibt es Personal, das aus verschiedenen Markt Bereichen hinzugewonnen wurde, den Anstellungsvertrag jedoch bei der Agentur für Arbeit Bremen bzw. der Kommune Bremen innehat.

Mit Stand vom 01.09.2010 umfasste die Grundsicherungsstelle 832 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit und Teilzeit. In Vollzeitberechnung entspricht dies einer Kapazität von rd. 749 Beschäftigungsvolumen (BV), auf die die Einrichtung im Laufe der Jahre angewachsen ist.

Eingesetzte Amtshilfekräfte mitgerechnet bestand das Personal im September 2010 allerdings noch zu rd. 30% aus befristeten Kräften, was in Hinblick auf die Planbarkeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für die Einrichtung eine besondere Herausforderung darstellt:

	BA		Amtshilfe	Kommune	
	Dauerkräfte	Befristete		Dauerkräfte	Befristete
<b>BV</b>	<b>281,93</b>	<b>81,84</b>	<b>114,19</b>	<b>241,07</b>	<b>30,43</b>
<b>%-Anteil</b>	<b>37,62%</b>	<b>10,92%</b>	<b>15,24%</b>	<b>32,17%</b>	<b>4,06%</b>

Quelle: Personalbrückenkopf BAglS; Personalstruktur BAglS / Stand: 01.09.2010

Das Ziel ist ein möglichst stabiler Personalkörper mit gut geschulten, praxiserprobten Fachkräften und hoher Mitarbeiterzufriedenheit. Dies war besonders angesichts der strukturellen Bedingungen und der daraus resultierenden hohen Fluktuation mit immer neuen personellen Nachbesetzungen und entsprechenden Einarbeitungen eine hohe Herausforderung. Inzwischen hat sich die zukünftige Situation in Hinblick auf den Befristungsanteil positiv entwickelt.

Neben den 23 Entfristungen des Bundes gab es im letzten Quartal 2010 bei Interesse und Eignung die Möglichkeit des Festansatzes für Amtshilfekräfte. Darüber hinaus sorgte die Kommune für nahezu 60 weitere Entfristungen so dass das Jahr 2011 mit einem sehr viel geringerem Befristungsanteil starten konnte.

Trotz der oftmals belastenden Bedingungen für eine optimale Kundendienstleistung ist es dem hohen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters geschuldet, dass – hier speziell im Bereich arbeitsmarktpolitischer Instrumente - dennoch in hohem Maße individuell passgenaue Förderungen zur Wiedereingliederung umgesetzt werden konnten, um die Chancen auf einen dauerhaften (Wie-

der)Einstieg in die Erwerbstätigkeit zu erhöhen und damit mittel- und langfristig das Ziel einer dauerhaften Unabhängigkeit von Transferleistungen zu erreichen.

## **4.2 Finanzen**

Dem Jobcenter Bremen stehen zur Umsetzung der geschäftspolitischen Ziele ein Verwaltungs- und ein Eingliederungsbudget zur Verfügung. Das Verwaltungsbudget sichert dabei die Finanzierung der anfallenden Personal- und Sachkosten, den Einkauf von Dienstleistungen sowie sonstiger Verwaltungskosten.

Mit Bekanntgabe der Eingliederungsmittel-Verordnung 2011 wird die Höhe des Eingliederungstitels (Egt) festgelegt. Nach aktuellen zentralen Schätzwerten werden die Gesamt-Ausgabemittel für die BAgIS bei rund 56,2 Mio. Euro (inkl. einer 10%iger Überplanung) liegen. Zu berücksichtigen sind gravierende Mittelkürzungen der Bundesregierung im Vergleich zum zur Verfügung stehenden Budget 2010. Zusätzlich stehen dem Jobcenter im Rahmen des Sonderprogramms „Perspektive 50plus“ des BMAS für 2011 Bundesmittel in Höhe von ca. 2,1 Mio. Euro zur Verfügung.

Neben dem Egt wird mit einem Verwaltungshaushalt in Höhe von ca. 52,6 Mio. Euro gerechnet. Darin ist der kommunale Finanzierungsanteil bereits enthalten. Zwischen dem Egt und dem Verwaltungsbudget sind Umschichtungen grundsätzlich möglich.

Die dem Jobcenter zur Verfügung stehenden Mittel im Verwaltungsbudget werden entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen anteilig vom Bund (87,4 %) und von der Kommune (12,6 %) getragen.

Der Bund finanziert die passiven Leistungen (Arbeitslosengeld II / Sozialgeld) und stellt die Mittel zur Eingliederung bereit. Der kommunale Träger finanziert die anfallenden Kosten der Unterkunft (KdU), die kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II und die Leistungen gem. § 23 Abs. 3 SGB II für Erstaussstattungen und Klassenfahrten.

In der Anlage 1 ist die Mittelverwendung unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmeeintritte und der jeweiligen Durchschnittskosten tabellarisch dargestellt.

## **5. Kooperationen und regionale Beteiligungen**

Im Zuge der laufenden Umsetzung der geschäftspolitischen Ziele kooperiert das Jobcenter Bremen mit den nachfolgend exemplarisch aufgeführten Institutionen und Netzwerkpartnern.

Strategische Partnerinnen und Partner:

- Agentur für Arbeit Bremen
- Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
- Handelskammer Bremen
- Handwerkskammer Bremen
- Arbeitnehmerkammer Bremen
- Unternehmensverbände im Lande Bremen
- bremer arbeit GmbH (bag) Amt für soziale Dienste
- LAG der Wohlfahrtspflege
- ...

Operative Partnerinnen und Partner:

- Arbeitgeber-Service (gemeinsamer AG-S)

- Rehabilitationsberatung der Agentur für Arbeit Bremen
- Beratungsstellen nach § 16a SGB II
- Ärztlicher Dienst der Agentur für Arbeit Bremen
- Gesundheitsamt Bremen
- Stadtteilbezogene Netzwerke
- Versorgungsamt/ Integrationsamt
- ...

## 5.1 Verzahnung mit Programmen der Landesarbeitsförderung

Die arbeitsmarktpolitischen Handlungs- und Förderfelder der Freien Hansestadt Bremen sind im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP) zusammengeführt und aufeinander abgestimmt. Die Finanzierung der auf das SGB II bezogenen Maßnahmen erfolgt hauptsächlich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und zu einem geringeren Teil aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE).

In den Jahren 2008 – 2013 ist das BAP auf folgende vier zentrale Handlungsfelder ausgerichtet:

- Fonds 1: „Strukturwandel arbeitsmarktpolitisch flankieren – Beschäftigungspotenziale ausbauen!“
- Fonds 2: „Kompetenzen der Menschen fördern – Individuelle Arbeitsmarktchancen stärken!“
- Fonds 3: „Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – Teilhabe an Beschäftigung ermöglichen!“
- Fonds 4: „Schwerbehinderte Menschen fördern – Integration unterstützen!“

In den Zielbestimmungen der BAP-Fonds sind die arbeitsmarktpolitischen Handlungsfelder präzisiert. Hier sind die einzelnen Programme und Förderansätze verankert, die sich auch an die Zielgruppen des SGB II richten. Für 2011 sind hinsichtlich der inhaltlich abgestimmten Förderansätze zwischen Land und Jobcenter Bremen folgende programmatische Ansätze hervorzuheben:

- „Geförderte Beschäftigung und soziale Stadtentwicklung in Bremen und Bremerhaven“
- „Fachkräfteinitiative des Landes Bremen“
- „Ausbildung und Jugend mit Zukunft“ sowie
- „Arbeitsmarktpolitische Beratung für besondere Zielgruppen“.

Darüber hinaus werden die BAP-Aktivitäten auch in folgenden zielgruppenspezifischen Programmen mit denen des Jobcenters verzahnt:

- Landesprogramm „Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern“,
- Programm für (ehemalige) Strafgefangene „Chance IV“,
- Landesprogramm „55 plus“.
- Arbeitsmarktprogramm PLUS für schwerbehinderte Menschen

Die EU-Mittel des BAP werden jeweils in Kombination mit Förderinstrumenten des Jobcenters wie z.B. Arbeitsgelegenheiten in den Varianten Entgelt oder Mehraufwand, Bildungsgutscheine, Eingliederungszuschüsse etc. eingesetzt.

Angesichts der absehbaren angespannten Budgetsituation im EGT der gemeinsamen Einrichtung im Jahr 2011 in Folge der Mittelkürzungen durch den Bund wurde eine noch zielgenauere und engere Abstimmung zwischen den Maßnahmen im Rahmen des EGT und denen des BAP vereinbart.

Gemeinsam vereinbarte Ziele hinsichtlich der mengenmäßigen und finanziellen Fördervolumina sind im vorliegenden AMIP fixiert. Die regelmäßigen gemeinsamen Steuerungsrounds der Mittelgeber sollen im Jahr 2011 eine enge Begleitung und Steuerung der Umsetzung der geplanten Maßnahmen gewährleisten. Diese kooperative Zielsteuerung der gemeinsamen Arbeitsförderung soll zukünftig in einem Jour fixe für alle Maßnahmen des Jobcenters und des Landes erfolgen.

## **6. Anlage 1 Gesamtplanung**